

Massive Kritik an Wasserstadt-Planung

Stadt will im Februar über dichtere Bebauung informieren / Bezirksrat Linden-Limmer fühlt sich übergangen

VON RÜDIGER MEISE

Die künftige Wasserstadt in Limmer soll wesentlich dichter bebaut werden als ursprünglich geplant: Bis zu 1800 Wohneinheiten sollen dort entstehen, im Gespräch ist, Hochhäuser mit bis zu acht Geschossen zu erlauben. Ursprünglich waren lediglich 650 Wohnungen in aufgelockerter Bebauung vorgesehen. Anfang Februar will die Stadtverwaltung die beteiligten Gremien über die neuen Pläne informieren – darunter auch den Bezirksrat Linden-Limmer. Dort gab es nun erheblichen Unmut über das Vorgehen der Verwaltung.

„Jahrelang haben wir uns über die Wasserstadt den Kopf zerbrochen – jetzt ändert die Stadt die Pläne massiv, und wir sollen lediglich informiert werden“, schimpfte Cornelia Schweingel (SPD). „Das ist eine Unverschämtheit und eine Missachtung unserer Arbeit. Dagegen müssen wir uns wehren.“ Die anderen Fraktionen des Gremiums schlossen sich Schweingels Empörung an. Übergangen fühle sich nicht nur der Bezirksrat, son-



Bis zu 1800 statt bislang geplanter 650 Wohneinheiten sollen in Limmer entstehen. Dröse

dern auch mehrere Initiativen, die an dem Thema arbeiteten, sagte Grünen-Fraktionschefin Silke Kleinhüchelkotten.

Bekannt geworden waren die neuen Pläne zur Wasserstadt durch eine Präsentation des Bauunternehmens Papenburg in der Sanierungskommission Lim-

mer. Baupolitiker von SPD und Grünen signalisierten bereits Zustimmung zu dem neuen Konzept – schließlich erfordere die Wohnungsknappheit in Hannover in den kommenden Jahren rege Bautätigkeit: Laut Wohnkonzept 2025 sollen stadtweit jährlich rund 600 Wohnungen neu entstehen. „Das kann also nur in un-

serem Interesse sein“, hatte SPD-Bauexperte Thomas Hermann die Wasserstadt-Pläne kommentiert.

Der Bezirksrat Linden-Limmer stört sich in erster Linie nicht an einer Verdichtung der Bebauung, sondern am Verfahren der Entscheidungsfindung. So sollten der Bezirksrat und die Sanierungskommission Limmer auch künftig „in den wichtigen Planungsstadien“ lediglich „informiert“ werden, sagte eine Mitarbeiterin der Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage der Grünen-Fraktion. Eine Frage nach Umfang und Art der geplanten Bebauung blieb unbeantwortet.

Bezirksbürgermeister Rainer-Jörg Grube bescheinigte der Stadt daraufhin ein „merkwürdiges Verständnis über Beteiligung der Öffentlichkeit“. Am Mittwoch, 5. Februar, will die Verwaltung die Bezirksratspolitiker, die Sanierungskommission sowie den Bauausschuss des Rates über die neuen Wasserstadt-Pläne informieren. Die Öffentlichkeit sei nicht zugelassen, sagte ein Sprecher der Stadt.